

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Lippelt berichtet von der letzten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr. Dort nahm der Bürgermeister Stellung zu der vom Land geplanten Neuordnung der Wahlkreise. Weitere Themen waren der Gira-Neubau, der Kampfmittelräumdienst, der für Radevormwald Entwarnung geben kann, sowie die gekappten Bäume an der Zufahrt zum Kommunalfriedhof, die Bebauung des Jahnplatzes und das in der Innenstadt möglichst keine zusätzlichen Vergnügungsstätten ansässig werden kann.

Herr Antrecht berichtet aus dem Ausschuss für Schule und bittet Frau Greif um Ergänzungen. Thema dort war die Schulentwicklungsplanung, zu der die CDU-Fraktion und die AL-Fraktion je einen Fragenkatalog erstellt hatten. Behandelt wurde nur der Fragenkatalog der CDU-Fraktion, da die AL ihren Fragenkatalog erst kurzfristig eingereicht hatte. Zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion gab es eine Stellungnahme der Bezirksregierung. Des Weiteren wurden die Klassenstärke der Grundschulen für das Schuljahr 2015/2016 auf 25 Kindern festgelegt.

Frau Greif ergänzt, dass es um die Schulformen ging, die in Radevormwald angeboten werden sollen. Mittlerweile ist auch der Fragenkatalog der AL-Fraktion beantwortet worden. In seiner nächsten Sitzung wird der Schulausschuss dem Rat eine Empfehlung für die Schulformen in Radevormwald geben.

Frau Benicke berichtet von Irritationen bei ihren Fraktionskollegen bzgl. deren Bemühungen die Barrierefreiheit in der Stadt zu diskutieren.

Der Vorsitzende führt an, dass vor ca. sechs Jahren eine ähnliche Begehung der Innenstadt gemacht wurde und als Ergebnis daraus ein Haushaltsansatz von 5.000,-- E pro Jahr für Verbesserungen zur Barrierefreiheit eingesetzt wurde. Davon kann pro Jahr eine Überquerungshilfe, wie auf der Kaiserstraße zwischen „Penny“ und dem Ärztehaus in der „Alten Bahnmeisterei“, geschaffen, oder Bürgersteige abgesenkt werden. Die Arbeitsgruppe „barrierefreie Stadt“ ist offen für alle Anregungen.

Herr Förster gibt zu bedenken, bei ähnlichen Begehungen auch Betroffene einzuladen, die zwingend eine Barrierefreiheit benötigen.